

Die "Zeitung" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Genosse". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus bezahlt. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unser Streckband besorgt für Deutschland, Landauspost, das Saar- und Westpreußen sowie die früheren deutschen Gebiete Ostens und Ostpreußen 10.— Mk., für das übrige Russland 140.— Mk. Best. u. Exp. Berlin NW. 40, Kronprinzenstr. 27 I. Tel. Westb. 3021.

Die am häufigsten besuchte Anzeigenstelle über deren Raum kostet 25.— Mk. einschließlich Anzeigenentwurf. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Anzeigenentwurf, laufende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Bekanntmachungen 16.— Mk. netto pro Seite. Stellen-Bekanntmachungen: Das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW. 68, Ritterstr. 73, III.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Neue Gewaltandrohungen Poincarés

## Ein Ultimatum Frankreichs

Paris, 1. August. Poincaré hat heute dem deutschen Geschäftsträger, Botschaftsrat von Dörsch, folgende Antwort übermittelt:

Paris, 1. August.

Herr Geschäftsträger!

Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang Ihres Briefes vom heutigen Tage zu bestätigen, der auf meine Mitteilung vom 26. Juli antwortet. Mit Bedauern muß ich feststellen, daß Ihre Antwort nicht die in meinem Briefe geforderten Zusicherungen enthält. Das Abkommen vom 10. Juni 1921 wurde damals zwischen Deutschland und den vertriebenen alliierten Mächten geschlossen; seine Abänderung kann daher in der Zeit nur aus einem einstimmigen Uebereinkommen der vertragsschließenden Mächte hervorgehen. Die Regierung Frankreichs hat Ihnen bereits mitgeteilt, daß sie nicht daran denke, auf Grund der deutschen Note vom 14. Juli Änderungen vorzunehmen. Die französische Regierung hat daher das Recht, zu verlangen, daß innerhalb der in meiner Note vom 26. Juli gewährten Frist, das heißt vor dem 5. August mittags die Versicherung abgegeben wird, daß bis die unerlässliche Uebereinstimmung zu jener Abänderung gewährleistet ist, das Abkommen vom 10. Juni ganz und gar angewendet wird, und daß die Pflichtsumme von zwei Millionen Pfund Sterling am 15. August bezahlt wird. Wenn diese Versicherung nicht gegeben wird, hat die französische Regierung das Recht, um die Anwendung des bestehenden Vertrages sicherzustellen, Ausgleichsmaßnahmen zu ergreifen, die sie im Interesse so vieler eigenen Staatsangehörigen und derer der anderen alliierten Staaten, die das Abkommen unterschrieben haben, für notwendig erachtet. Diese Maßnahmen werden, wie ich bereits angeführt habe, vom 5. August ab in Kraft treten, und die französische Regierung glaubt nicht, heute schon den vollständigen Plan, der hierfür gefaßt wird, bekanntgeben zu können. Unter diesen Vorbehalten zu den Ausführungen der Note vom 1. August bemerkt die französische Regierung nur, daß die deutsche Regierung nicht die geringsten Anstrengungen macht, um die Zahlung der geschuldeten Summe an die alliierten Mächte durch die wirklichen Schuldner, das heißt durch die Privatleute, sicherzustellen, die nach den letzten auszugehenden Meldungen durch ihre Ankäufe fremder Devisen zu dem gegenwärtigen Markkurs beigetragen haben.

Genehmigen Sie usw.

gez.: Poincaré.

Die Antwort Poincarés auf die gestern von uns veröffentlichte Note der deutschen Regierung ist „postwendend“ eingetroffen. Sie ist noch schroffer gehalten als die Note vom 26. Juli, auf die die deutsche Regierung mit dem Hinweis auf die gegenwärtige Erschöpfung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands antwortete. Bis zum 5. August, also bis zum Sonnabend, Bescheid, daß die deutsche Regierung am 15. d. Mts. die zwei Millionen Pfund Sterling zahlt, oder Frankreich greift zu Ausgleichsmaßnahmen. Welcher Art diese sein sollen, wird nicht gesagt. Will Frankreich ins Ruhrgebiet einmarschieren? Daß es eine solche Desperadopolitik beabsichtigt, dürfte selbst bei der großen nationalistischen Stichelei in Frankreich nicht gut angenommen werden können. Der Pariser „Deuxième“ spricht davon, daß man an „finanzielle Repressalien“ denke. Aber darüber, was man darunter zu verstehen hat, fehlt jede Andeutung.

Die Wirkung dieser neuesten französischen Drohpölitik blies nicht aus. Der Dollar stieg in den gestrigen Nachmittagsstunden an der Berliner Börse auf über 800 Mark. Die Unmöglichkeit Deutschlands, sofort zu zahlen und der französische Starrsinn, der hinter der Zahlungsunmöglichkeit böswillige deutsche Mächte sucht, haben der Mark einen neuen Dolchstoß versetzt. Damit sind selbstverständlich die Aussichten Frankreichs, schnell Zahlung von Deutschland zu erhalten, nicht gebessert, sondern verschlechtert. Frankreich wird auf diese Weise selbst mit in den Abgrund gerissen, vor dem es sich durch schroffes Vorgehen gegen Deutschland retten zu können wähnt.

Darf angenommen werden, daß Frankreich mit dieser seiner Stellungnahme bei der bevorstehenden Konferenz in London nicht durchdringt? England, Italien und Belgien nehmen einen anderen Standpunkt ein. Selbst den gestrigen Pariser Morgen-

blättern zufolge erklärte die belgische Regierung ähnlich wie die deutsche Note, daß die Ausgleichszahlungen von den Reparationszahlungen nicht abgetrennt werden können, und daß, falls die Reparationszahlungen unterbrochen würden, dies auch mit den Zahlungen für das Ausgleichsverfahren geschehen müsse.

Die „Frankfurter Zeitung“ macht in ihrer gestrigen Abendausgabe auf einen Punkt aufmerksam, der auch in den bisherigen amtlichen Auseinandersetzungen zu kurz gekommen ist. Sie schreibt:

„Die französische Regierung behauptet in ihrer Note vom 26. Juli, daß der Friedensvertrag keinerlei Verpflichtungen für die alliierten Mächte enthalte, die Erlöse der Liquidation des konfiszirten deutschen Privatvermögens zur Einzahlung der deutschen Deserteursdenkmalzuschüsse, sondern die Möglichkeit ins Auge faßt, diesen Erlös zur Zahlung der Entschädigung an die alliierten Staatsangehörigen in Ausführung des Artikels 297 zu verwenden. Das ist nicht ganz zutreffend. In diesem Artikel heißt es vielmehr, daß die Ansprüche der beschädigten alliierten Staatsangehörigen von Deutschland zu befriedigen und „aus dem Eigentum der deutschen Reichsangehörigen, die sich auf dem Gebiete oder unter Aufsicht des Staates befinden, dem der Verfall angehöre“, im voraus gedeckt werden. Wenn die Realisation dieser Bestimmungen dem Wortlaut nach nicht ganz eindeutig ist, so kann doch über ihren Sinn kaum ein Zweifel bestehen. Es ist unabweisbar eine Priorität, die hier den alliierten Staatsangehörigen für den Anspruch auf Privatvermögensverluste und ihren Forderungen gegen das Reich eingeräumt worden ist und die unter keinen Umständen gegen Deutschland ausgesetzt werden kann. Es ist daher im Zusammenhange mit den übrigen einschlägigen Bestimmungen des Vertrages, daß nach dem Willen der Vertragschließenden die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Privatvermögens zunächst zum Ausgleich der in dem Paragraphen 296 genannten privatrechtlichen Ansprüche der alliierten Staatsangehörigen Verwendung finden,

und erst das, was danach noch übrig bleiben sollte, Deutschland auf das Reparationskonto antaeschrieben wird. Frankreich hat den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, es hat das Liquidations- und Ausgleichsverfahren völlig voneinander getrennt. Die Erlöse aus der Liquidation des deutschen Eigentums schicken in einen besonderen Fonds, über den bisher noch keinerlei Rechnungslegung erfolgt ist. Nach Mitteilungen autunterrichteter Kreise soll Frankreich aus diesem Liquidationsverfahren bereits eine Summe von mehreren Milliarden Franken erzielt haben. Frankreich hat sich auf diese Weise bereits eine beträchtliche Reparationszahlung in bar gesichert, die in keiner der amtlichen Abklärungen bisher aufgeführt worden ist. Würde die Summe, die sich Frankreich auf diese Weise für die Reparationen gesichert hat, dem Artikel 297 gemäß zur Zahlung der Entschädigung an die alliierten Staatsangehörigen verwendet worden sein, so würden die monatlichen Zahlungen im Ausgleichsverfahren seit langem bereits nicht passiv, sondern aktiv für Deutschland sein.

Es wäre gewiß gut, wenn diese Umstände auch amtlich in der tatsächlichen Auseinandersetzung zur Geltung gebracht würden.“

Die Androhungen Frankreichs sind, ob mit Absicht oder nicht, sei dahingestellt, recht dunkel gehalten. Aber gerade deshalb sind sie geeignet, die unheilvollsten Folgen zu zeitigen. Ob man annimmt, Deutschland werde zum Zahlen gezwungen werden, ob man annimmt, Frankreich werde bei Nichtzahlung das Ruhrgebiet besetzen, ob man annimmt, es werde mit „finanziellen Repressalien“ vorgehen, in jedem Falle wird ein für die Devisenspekulation außerordentlich günstiger Boden geschaffen. Müssen Beunruhigungen des europäischen Wirtschaftslebens, wie sie durch die Note Poincarés hervorgerufen werden, obnehin schon den Marksturz fördern, so wird dieser durch die Begünstigung der Spekulation infolge der dunkel gehaltenen Gewaltandrohungen weiter stark beschleunigt.

## Eine Note Englands an die Alliierten

London, 1. August. Heute Abend ist der Wortlaut der von Balfour unterschriebenen Note veröffentlicht worden, die dem französischen und dem italienischen Vorkämpfer und den Gesandten von Jugoslawien, Rumänien, Portugal und Griechenland überreicht wurde. Auch der amerikanische Vorkämpfer erhielt aus Gründen der Höflichkeit eine Abschrift. Wie Reuters meldet, ist die Note von Balfour abgefaßt und von der Gesamtheit der Kabinettsmitglieder gebilligt worden.

Die Note befaßt u. a. die Frage der französischen (italienischen usw.) Schulden an England, die bisher noch nicht Gegenstand einer formellen Mitteilung zwischen den beiden Regierungen gewesen, und die britische Regierung habe nicht den Wunsch gehabt, sie im gegenwärtigen Augenblick auszuwerfen.

Mit Rücksicht auf die neuen Ereignisse indessen übte sich die britische Regierung genötigt, ihre Auffassung gewisser Seiten der durch den gegenwärtigen Stand der internationalen Verhältnisse verursachten Lage darzulegen.

Die Schulden an Großbritannien betragen gegenwärtig 3400 Millionen Pfund Sterling, nämlich 1450 Millionen Pfund von Seiten Deutschlands, 650 Millionen Pfund von Seiten Russlands und 1000 Millionen von Seiten der Alliierten. Andererseits schuldet Großbritannien den Vereinigten Staaten etwa 1/4 dieser Summe, nämlich 850 Millionen Pfund.

Eine internationale Belorechnung dieser beispiellosen Lage habe bisher nicht stattgefunden, und bis zu ihrer Regelung, die an die Wurzel des Problems gehen werde, habe die britische Regierung stillschweigend davon Abstand genommen, irgendwelche Forderungen an die Alliierten wegen Anzahlung oder Amortisation zu stellen. Diese Haltung sei nicht zurückzuführen auf Unterschätzung der aus diesem Zustand sich ergebenden Uebel und auch nicht aus Abneigung, große Opfer zur ihrer Beseitigung zu bringen. Im Gegenteil sei

Großbritannien bereit, alle die ihm von den Alliierten schuldeten Anleihen und die ihm von Deutschland schuldeten Reparationen zu annullieren, wenn eine solche Politik den Teil einer befriedigenden internationalen Regelung bilden würde.

Neuerdings eingetretene Ereignisse indessen machten die Verwirklichung einer solchen Politik unmöglich. Die amerikanische Regierung habe England aufgefordert, die seit 1919 rückständigen Anleihen seiner Schulden an Amerika zu bezahlen, die Schulden zu studieren und sie binnen 25 Jahren zurückzuzahlen. Die britische Regierung erkenne die Berechtigung dieser mit großer Bestimmtheit geäußerten Forderungen an und sei be-

reit, ihre Verpflichtungen zu erfüllen, aber sie könne dies nicht tun, ohne das Verfahren, das sie unter anderen Umständen zu befolgen beabsichtigt hätte von Grund auf abzuändern. Sie könne die amerikanischen Anleihen an England nicht als einen isolierten Teil behandeln. Die Anleihen bilde nur einen Teil eines zusammengehörigen Systems von finanziellen Transaktionen. Wenn die unabweisliche Verpflichtung Großbritanniens als Schuldner durchgesetzt werden solle, dann könnten seine unzweifelhaften Rechte als Gläubiger nicht völlig beiseite gelassen werden. Die britische Regierung unternehme diese Änderung in ihrer Politik nur ungern, denn die Alliierten seien Teilnehmer an dem erheblichen internationalen Kampf für die Erhaltung der Freiheit gewesen. Ihre Anleihen seien annehmbar geworden für die heimische Sache.

In den zahlreichen Wirtschaftskrisen, unter denen die Welt leide, gehöre die internationale Verschuldung und deren verhängnisvolle Rückwirkung auf die Kredit- und Wechselkurs, auf die internationale Produktion und den internationalen Handel. Die Völker aller Länder lebten sich nach einer schleichenden Rückkehr zu einer normalen Lage. Aber wie könne eine solche Lage erreicht werden, solange derartige anormale Zustände herrschten, und wie könnten diese Zustände beseitigt werden durch solche Hilfsmittel, mit deren Anwendung man im Augenblick rechnen könne? Die bisher von England befolgte Politik sei nur einrädrig, solange sie allgemein befolgt werde. Es sei nicht gerecht, daß ein Teil, habend einer gemeinsamen Unternehmung alles erhalten solle, was er beigetragen habe, daß ein anderer Teilhaber nichts erhalte und gleichzeitig alle seine Schulden bezahlen solle. Ein solches Verfahren wäre ungerecht. Wenn die auf dem britischen Steuerzahler liegende Last noch vermehrt werden würde, würde er sicher fragen, warum die anderen keinen Anteil daran haben sollen.

Die Note fährt fort: Während aber die britische Regierung zu ihrem Bedauern gezwungen ist, die französischen (italienischen usw.) Regierung zu erlauben, Vorkessungen zu treffen, um nach ihrem besten Vermögen befristet ihrer Schulden an Großbritannien zu handeln, wünscht sie zu erklären, daß der Betrag der Zinsen und der Amortisation, um den sie ersucht, nicht so sehr von dem abhängt, was Frankreich und die anderen Alliierten Großbritannien schulden, als vielmehr von dem, was Großbritannien an Amerika zu zahlen hat.

Wie bereits bemerkt, geht die von der britischen Regierung beabsichtigte Politik dahin, auf den britischen Anteil an den deutschen Reparationen zu verzichten und durch eine gleiche Transaktion die Gesamtheit der internationalen Schulden abzuschreiben. Wenn dies sich indessen als unmög-



lich erweisen sollte, müssen wir erklären, daß wir keinesfalls wünschen, aus irgendeiner weniger befriedigenden Ueberlieferung Vorteile zu ziehen. Unter keinen Umständen beabsichtigen wir, mehr von unseren Schuldnern zu verlangen, als notwendig ist, um unsere Gläubiger zu bezahlen. Mehr verlangen wir nicht, aber jedermann wird zugeben, daß wir uns mit weniger Schwierigkeit begnügen können, denn es soll nicht vergessen werden, obgleich es zeitweilig geschieht, daß wir unsere Verpflichtungen um anderer und nicht um unserer selbst willen eingegangen sind. Die britischen Kriegsausgaben und die Hälfte der Anleihen an die Alliierten sind nicht auswärtige Anleihen, sondern durch innere Anleihen und durch Steuern aufgebracht worden. Da andere Staaten leider ein gleiches Verfahren nicht einschlagen konnten, hat Großbritannien bei den Vereinigten Staaten Bürgschaft für sie leisten müssen.

Der Schlusssatz der Note lautet wie folgt: Weiter oben ist darauf hingewiesen worden, daß das Problem der internationalen Schulden nicht nur die Alliierten untereinander angeht; die vormals feindlichen Länder sind auch darin verwickelt. Der größte der internationalen Schuldner ist Deutschland.

Nun schlägt die britische Regierung nicht vor, daß aus Gründen der Gerechtigkeit oder Zweckmäßigkeit Deutschland seiner Verbindlichkeiten den anderen Alliierten entzogen werden soll.

Großbritannien beantragt sich damit nochmals zu erklären, daß es von den wirtschaftlichen Schäden, die der Welt durch den gegenwärtigen Stand der Dinge verursacht werden, so tief übererregt ist, daß

England (unter Vorbehalt der gerechten Ansprüche anderer Teile des Reichs) bereit sein würde, jedes Anrecht auf deutsche Reparationen und alle Forderungen auf Rückzahlung durch die Alliierten aufzugeben, vorausgesetzt, daß dieser Verzicht den Teil eines allgemeinen Planes bildet, unter dem dieses große Problem als ein Ganzes behandelt würde und eine befriedigende Lösung finden könnte.

Eine allgemeine Regelung würde nach Ansicht der britischen Regierung von höherem Wert für die Menschheit sein, als irgendwelche Vorteile, die aus einer noch so erfolgreichen Eintreibung rechtmäßiger Verbindlichkeiten erwachsen könnten.

## Ein offenes Wort zur Schuldenfrage

Eine Rede Warburgs

(C.C.) Washington, 1. August. Der bekannte Bankier Warburg hielt im politischen Komitee von Williamstown eine Rede, in deren Verlauf er sich auch zum Weltschuldenproblem äußerte. Er erklärte, es sei eine große Gefahr, wenn der amerikanische Kongress eine chinesische Mauer von hohen Zöllen zwischen Amerika und den europäischen Waren aufrichten wolle. Ueber die von Amerika Europa gegenüber betriebene Politik müsse endlich einmal ein offenes Wort gesprochen werden. Eine Wiederherstellung Europas ohne die Hilfe Amerikas sei unmöglich. Über selbst diese Hilfe wäre zweifellos, wenn nicht endlich zwischen den europäischen Staaten eine Regelung ihrer Streitfragen vorgenommen werde, vor allem müsse die Reparationsfrage zwischen Frankreich und Deutschland gelöst und ein modus vivendi für beide gefunden werden. Ohne eine Regelung der Reparationsfrage liege Europa hoffnungslos daneben. Gegenwärtig kränkelten die amerikanischen Geschäfte gegen jedes Anzeichen in der Schuldenfrage, doch sagte Warburg hinzu, daß er überzeugt sei, daß eine radikale Veränderung der amerikanischen Anschauungen eintreten würde, wenn Frankreich einen Geist erlittenen Edelmut bewies. Ein weiterer wichtiger Faktor sei eine Verständigung zwischen England und Amerika wegen der späteren Zahlung der europäischen Schulden an die Vereinigten Staaten.

## Wirtschaftsjanktionen im besetzten Gebiet

(D.N.) Berlin, 2. August. In hiesigen diplomatischen Kreisen verläutet mit großer Bestimmtheit, daß die Maßnahmen, die Poincaré im besetzten Gebiet plant, darin bestehen werden, daß Frankreich die Staatseinnahmen des Deutschen Reiches, also die Steuern, Zölle und die Einnahmen der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenverwaltung beschlagnahmen lassen will. Es wird dagegen versichert, daß von militärischen Sanktionen keine Rede sein könne.

(C.C.) Paris, 2. August. Der „Intransigent“ erklärt, aus sicherer Quelle erfahren zu haben, daß Poincaré als Sanktionen gegen die Belagerung Deutschlands, die notwendigen Summen für das Ausbehebungsverfahren zu bezahlen, dem Ministerrat vorschlagen werde, das Eigentum einiger deutscher Großindustriellen im Rheinland zu beschlagnahmen.

## Der Redakteur

Das ist der höchst bequeme Mann,  
Auf den ein jeder schimpfen kann.  
Zum ersten schimpft man voller Wut,  
Wenn oft die Post die Pflicht nicht tut.  
Zum zweiten wird der Mann verhöhnt:  
Wenn irgend etwas uns nicht paßt,  
Und wenn was in dem Blatte steht,  
Was selbst uns aus Gewissen geht.  
Zum dritten ist der Kerl auch schuld,  
Wenn unsere liebe Ungeduld  
Manchmal nicht auf die Rechnung kommt,  
Und nicht genügt stets, was ihr kommt.  
Zum vierten hat der Redakteur  
Oft ganz erdärmlichen Humor.  
Zum fünften ist er voller Gift,  
Weil er die Hühneraugen trifft.  
Zum sechsten sucht man auf sein Blatt,  
Weil er oft eigene Meinung hat.  
Zum siebenten, achten, zten Mal  
Schimpft man auf ihn; ihm ist's egal,  
Ihm hat das Schicksal anvertraut  
Ein Gegengift: die dicke Haut.

## Chauvinismus und Nationalismus in der Schullektüre

In der dem Mainzer Pfingst-Kongress „Menschenbildung und Lebensgestaltung“ des Bundes entschiedener Schulreformer gewidmeten Sondernummer der „Menschheit“ weist der Berliner Schulreformer Studienrat Dr. Erich Witte an einigen Beispielen nach, daß in den in deutschen Schulen eingeführten französischen und englischen Lehrbüchern vorwiegend Monarchen und Kriege behandelt werden. In dem weitverbreiteten Elementarbuch der englischen Sprache von Dubislav-Boel (Ausgabe B, 2. Auflage vom Jahre 1920) sind z. B. in nicht weniger als in 16 von 26 Städten Kriege und Monarchen behandelt worden, in keinem aber das Leben

ferner ebenso die Bekanntschaft deutscher Staatsbürger, die gegenwärtig im Elend und in Notzinnen geduldet werden. Außerdem könnten Volkseingriffe im Ruhrgebiet in Aussicht genommen werden.

## Stinnes dirigiert's Ganze

Wochenlang ist in der gesamten deutschen Presse von Stinnes und seinem Chefredakteur soviel die Rede gewesen, daß die Sache nachgerade langweilig wurde. Nur die Hauptbeteiligten, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, schweig und äherte sich nicht mit einer Zeile. In ihrer Abendausgabe vom 1. August führt sie sich nun endlich auf den Vorwurf der „Hamburger Nachrichten“ hin, Stinnes habe die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ verkauft, bewogen, ihr Schweigen zu brechen. Der Verlag erklärt eingangs, daß Densch vor seiner Amtserhebung zum Chefredakteur der „D. A. Z.“ seit langer Zeit in dem Verhältnis eines festen und beachtetsten Mitarbeiters gestanden habe. Herr Hugo Stinnes denke an keinen Verkauf und ebenso wenig an eine politische Richtungsänderung des Blattes. Die „D. A. Z.“ bleibe, was sie gewesen wäre, ein sich bemüht über den Streit der Parteien haltendes Blatt. Vor allem wolle sie auf die fürchtbaren Gefahren hinweisen, die von außen drohten. Dann folgt nachstehendes:

„Wir können uns in anderer Lage den Luxus nicht leisten, auf der einen Seite eine so grobe und national wie kulturell so wichtige Bevölkerungsschicht, wie sie sich in der Deutschnationalen Volkspartei darstellt, auf die Dauer mit dem Rücken gegen den Staat stehen zu lassen. Es gehört daher auch zu unseren Zielen, dieser Partei die Wege aus ihrem politischen Schmolzwinkel zu ebnen. Auf der anderen Seite gilt es, die Arbeiterklasse in steigendem Maße zur Arbeit am Staat und damit zur Verantwortung heranzuziehen. Erhebungen, die solche Wandlungen anbahnen, dürfen nur vom Standpunkt des allgemein-nationalen Interesses beurteilt werden. Ein Zurückweichen der Arbeiterklasse in die alte Oppositionsstellung gegen Staat und Gesellschaft wäre für Deutschland ein verhängnisvolles Unheil. So sucht die „D. A. Z.“ ihren Weg. Reinem zu Liebe und keinem zu Leide will sie alle Kräfte zusammenfassen, die bereit sind, positiv an einer nationalen Politik und Wirtschaft mitzuarbeiten.“

Vor Jahren wurde im Reichstag anlässlich der bürgerlichen Blokkpolitik das schöne Wort von der „Paarung zwischen Kaninchen und Karpfen“ geprägt. Das Programm der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die Veröhnung zwischen den Deutschnationalen und der sozialistischen Arbeiterkraft herbeizuführen, dürfte noch etwas schwieriger sein als die Kaninchen-Karpfenei. Sollten Stinnes und Densch wirklich so einträchtig sein, um zu glauben, daß sich mit solchen Utopien noch Dumme fangen ließen?

## Herr Gehler und sein Untersuchungsausschuss

Um das sogenannte republikanische Machtinstrument, Reichswehr genannt, von dem Vorwurf der Unzuverlässigkeit und der monarchistischen Umtriebe zu reinigen, hat im Reichstag auf Drängen des Wehrministers Gehler — so hieß es in der Presse — die demokratische Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Herr Gehler will also aufklären, und zu diesem Zwecke wird in aller nächster Zeit der aus sieben Abgeordneten gebildete Ausschuss seine Tätigkeit aufnehmen.

Nun kommt uns zur rechten Zeit ein Befehl des bayerischen Generals Mähl zu Gesicht, welcher darüber Aufschluß gibt, wie die Führer der Reichswehr bereits heute ihre Fäden spinnen, damit die ganze Aktion verpufft und die Untersuchung nichts gegen sie ergibt. Der Befehl lautet:

„Untersuchungsausschuss: Reichstag.“

Ich nehme an, daß ein unmittelbarer Verkehr des Untersuchungsausschusses mit den Truppenteilen nicht beobachtet ist, ich würde einen solchen auch nicht für angänzlich halten. Etwas unmittelbar den Truppenteilen zugehende Anfragen sind sofort dem W.-A.-Abo. zuzuleiten.

München, 19. Juli 1922.  
Der Befehlshaber gen. Mähl.  
Dieser Befehl, der den bayerischen Teilen der Reichswehr zugestellt wurde, paßt sich würdig dem Vorgehen der bayerischen Regierung gegen das Reich an. Er ist ein würdiges

eines Arbeiters oder eines Mannes, der als Erfinder oder durch Bekämpfung der Kriege und der Kriegsgrenzen berühmt geworden sei. Ebenso seien von den französischen und englischen Geschichtsschreibern nur Militärischen und Nationalisten für den Schulgebrauch herausgenommen worden, aber kein Pazifist, kein Sozialist.

Was sei die Folge? „Die Schüler, die nach den amtlichen preussischen Lehrplänen im neusprachlichen Unterricht auch mit der Kultur, dem Leben und den Sitten der Franzosen und Engländer bekanntgemacht werden sollen, lernen diese nur einseitig kennen, nur das chauvinistische, eroberungslustige Frankreich, das seine Glanzperiode zu der Zeit hatte, als es unter Monarchen erfolgreiche Kriege führte, und das nationalistische, imperialistische England, welches sich unter häufiger Verleumdung des Völkerehres, ohne alle moralischen Rücksichten zu einer Weltmacht entwickelt hat.“ So träge der französische und englische Sprachunterricht nicht dazu bei, die Antipathien gegen Frankreich und England zu beseitigen oder zu verringern.

Dr. Witte fordert den preussischen Kultusminister auf, in einer Verlesung die Verhältnisse der Pazifisten und Sozialisten bei der Auswahl der Schullektüre anzudeuten.

**Volkshöhle.** Die Volkshöhle. Während Berlins Opernhäuser geschlossen haben und die übrigen Theater sich mühen, durch mehr oder minder unattraktiven Tand ihr Publikum über diese elende Zeit hinwegzubringen, tut die Volkshöhle unter ihrem Direktor Reff den heutzutage einzig richtigen Schritt: sie läßt ihren Besuchern die Oper der Kraft und Schönheit. Sie läßt ihnen Wagner! Eine lobenswerte Tat wahrhaft! Sommerwälder draußen und drinnen. Aber das Dars ist voll besetzt, und aus den Anfängen von der Tagesarbeit hatten Göttern kein Gna und — Dank!

Und die Kräfte? Kräfte in Wahrheit sind! Alfred Goltz als Siegmund, Dorothea Ranski als Sieglinde, — eine unvergessliche Leistung persönlich und darstellerisch. Und dann: das Ehepaar Cattermann als Wotan und Fricka und die Bräutlinge Della Fortner — Dabach! Lob über Lob schäufert ihnen allen. Leo Rosenfeld aus München dirigiert das Bläser-Orchester mit großer Hinneigung.

So war — trotz Bühnenarbeiterstreik — die ganze Auf-

Gegenüber zu den sogenannten Heimlandbriefen, die an die Offiziere der Wehrmacht verschickt werden, um sie aufzustacheln gegen die Republik und ihre Gesetze. Den Führern ist es unangenehm, wenn ihre Treibereien durch den Untersuchungsausschuss festgestellt und der Öffentlichkeit bekannt werden. Deshalb lassen sie schon jetzt, wie der General Mähl, Anweisungen ergehen, wie die Arbeiten des Untersuchungsausschusses zu sabotieren sind.

## Fehlernte an allen Ecken und Enden

Zuerst drohten die Agrarier, sie würden sich überhaupt nicht an die Bestimmungen der Getreidemenge halten, dann versuchten sie, dieses Gesetz auf Schleichwegen zu sabotieren, und als ihre „Nichtlinien“ durch die Arbeiterpresse ans Licht des Tages gezogen wurden, kam die Fehlernte. Zunächst in Rheinland-Westfalen, dann in Hessen und — wie könnte es auch anders sein — in Bayern. Darauf folgten die braven Pommer der Welt ihr Leid über die schlechte Ernte und nun läßt der Schleifische Landbund durch seinen Vorsitzenden, Freiherrn v. Richtigsen, dem Ernährungsminister schreiben:

„Der Reichsregierung ist bekannt, daß infolge der Witterung in der Provinz Schleiften in weiten Strichen eine Missernte zu Felde steht.“

An die Erfüllung des der Provinz Schleiften auferlegten Ablieferungsabfalls ist nicht zu denken. Das Getreide ist eben nicht gewachsen!

Die Ernte ist so schlecht, daß dieselbe in vielen Bezirken nicht den Bedarf der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen zu decken imstande ist. Die Wirkungen auf den Viehbestand seien hier noch nicht erwähnt.

Ich frage bei der Reichsregierung an ob sie gewillt ist, unter Hintanhaltung der tatsächlichen Verhältnisse, die in dem Gesetz vorgesehenen Entschädigungen als Strafen zu erheben?

Ich mache die Reichsregierung noch einmal nachdrücklich auf die unabsehbaren wirtschaftlichen und politischen Folgen aufmerksam, falls hier nicht in kurzer Zeit eine Klärung, die auf gerechtem Ermessen beruht, erfolgt.“

In weiten ist tausend gegen eins, das in den nächsten Tagen Fehlerntemeldungen aus Oldenburg, Mecklenburg und Dithmarschen kommen. Offen mag man jetzt nicht gegen die Umlage Obstruktion zu treiben. So versucht man auf andere Weise dem Gesetz eine Nase zu drehen.

## Bayern und das Reich

München, 2. August. Die Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition in Bayern durch Hinzunahme der Mittelpartei haben heute insoweit eine Klärung erfahren, als der bayerische Bauernbund entgegen seinem bisherigen Beschluß sich heute einverstanden erklärt hat, daß auch die Mittelpartei noch vor Landtagsöffnung in die Regierung eintritt. Die Verhandlungen mit der Mittelpartei schweden zurzeit noch.

München, 2. August. Der bayerische Ministerrat hat in engster Sitzung mit den Regierungsparteien heute die endgültige Antwort, die Graf Verchenfeld im Namen der bayerischen Staatsregierung auf den Brief des Reichspräsidenten Ebert zu geben gedenkt, fertiggestellt. Der Brief wird noch heute abend von München nach Berlin abgehen und wohl im Laufe des morgigen Tages vom bayerischen Gesandten, Dr. von Freger, dem Reichspräsidenten überreicht werden.

## Schutz der Republik in Sachsen

(ae.) Dresden, 1. August. Das sächsische Ministerium des Innern hat folgende Vereinigungen verboten und aufgelöst: Cos. Deutscher Orden, Bund der Getreuen, Vereinigung ehemaliger Vallstümer, Verein Jungsturm, Turnverein Theodor Abner und den Allgemeinen Deutschvölkischen Turnverein.

(ae.) Dresden, 1. August. Das sächsische Staatsministerium hat gegen die „Leipziger Abendpost“ und die „Sächsische Landeszeitung“ beim Oberreichsanwalt Strafanktrag wegen Verleumdung sächsischer Minister gestellt.

Krestinski, russischer Volskhafter in Berlin. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch mittag den bevollmächtigten Vertreter und Volskhafter der russischen Regierung, Krestinski, zur Entgegennahme seines Beurlaubungsschreibens. Bei dem Empfang war Reichsdankler Dr. Wirth als Leiter des Auswärtigen Amtes zugegen.

führung eine überaus gelungene, und man darf erwarten der Scauried-Verheerung des Netzes entgegenzusehen.

Wagner in der Volkshöhle! Mäde dieser Tag den Auftakt bilden zur Verwirklichung des auch für die Kunst zutreffenden Wortes: „Gibt dem Volke, was des Volkes ist!“ S. M. S.

**Theater des Besens: „Die heimliche Frau“.** Operettenschwanke in drei Akten von Will Kaufmann, Text-Einlagen von Will Steinberg, Musik von Geis. Loggin. Wenn man den stürmischen Verlauf des Publikums bei der Uraufführung am 1. d. Mis. als Gradmesser des Wertes dieses Operettenschwanke anlegen könnte, sie müßte in die Reihe der klassischen Operetten gestellt werden. Es ist aber nicht so. Jedoch steht dieses lustige Stück, mit manchmal guter, flotter Musik und zahlreichen Texteinlagen weit über dem Durchschnitt der Operettensabrikation der letzten Jahre. Der Inhalt bringt nichts neues. Alles schon dagewesen. Ein junger Künstler soll, will aber seine Gasse nicht heiraten, tauscht die Stelle mit seinem Freund. Die Gasse kommt aber auf die Schliche dieses edlen Bräutigams und tauscht die Rolle mit ihrer Freundin. Es gibt recht heikle und lustige Situationen. Inlet gibt es, Gott sei Dank, drei Brautpaare. Ei weil Die Leistungen der Künstler und Künstlerinnen Kaufmann, Baumann, Kaufmann, Bennefeldt, Melitta Piefer und Barlet Spanier waren sehr gut, die von Offela Schneider-Rissen und Richard Senius ganz hervorragend.

Russische Künstler in Berlin. Marc Chagall, der bekannte russische Maler, ist seit seinem Landsmann Wassil Rodinski nach Berlin gefolgt. Der Künstler hat längst in Rodinsau einen atollen Krestenoustraa auszuführen: er schuf die Wandbilder im staatlichen jüdischen Kammertheater.

## Tages-Notizen

Die Verhandlungen der Aornischeer mit Alexander Kuchinens zur Uebernahme der Leitung des Landes an der von ihr zum mehr gegründeten „Rundschau der Aornischeer“ sind zum Abschluß gelangt. Herr Kuchinens hat die Führung des Landes an die Aornischeer und Herr Kuchinens übernommen und bezieht den Unterricht an der A. S. A. bereits am 1. September dieses Jahres in den Räumen der Aornischeer.

Die ersten Schauspieler sind ab 11. August Offenbach, Dreyfus in der Unterwelt in der Aornischeer, Max Reinhardt und sein größtes Ensemble in der Aornischeer wieder aufgenommen. Ernst Toller „Wald und Felder“ gehen demnach nur bis einschließlich 10. August täglich in Szene.



## Graf Westfary hat keinen Sohn

In der „Freiheit“ vom 26. Juli brachten wir eine Schilderung der Erscheinung des Arbeiters Pludra im März 1919 in Halle. Es handelt sich, wie unsere Leser sich erinnern werden, um eine seiner heimtückischsten, wie behaltlich-blugierigen „Erscheinung auf der Flucht“ durch Freikorpsangehörige. In dieser Schilderung war darauf hingewiesen, daß das Freikorps dem Befehl eines Grafen Westfary unterstand. Dieser Graf Westfary war als Sohn des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Westfary bezeichnet. Nun teilt uns der Abordnete Graf Westfary mit, daß er keinen Sohn habe. Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob es sich bei dem Freikorpskommandanten um einen verwandtschaftlich dem deutschnationalen Abgeordneten völlig fernstehenden Grafen Westfary handelt. Leider schweigt sich darüber auch der Abgeordnete Graf Westfary völlig aus. Wir wissen natürlich nicht warum, werden daher nötigenfalls auf die Angelegenheit zurückkommen.

## Reichsregierung und Parteien

Amlich wird gemeldet: In der Reichskanzlei fand Mittwoch eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Unabhängigen über die politische Lage statt. In der Aussprache stimmten die Parteiführer mit der Regierung darin völlig überein, daß die gespannte innere und auswärtige Lage des Reiches die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes erfordert.

## Todesstrafe für die Sozialisten-Revolutionäre

(M.P.) Reval, den 1. August 1922. Der Moskauer Prozeß gegen die Sozialisten-Revolutionäre erlebte gestern einen neuen Höhepunkt. Der General-Prokurator der Republik Krzenko hielt seine mehrstündige Anklagerede gegen die Führer der Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Er verlangte von dem Revolutionstribunal die Todesstrafe für die drei Führer und Mitglieder des Zentralkomitees Goh, Timoffiew und Dondoi. Nach Auffassung des General-Prokurators traten diese drei Führer dieser Partei die volle Verantwortung für die Gegenrevolutionäre und interkontinentalen Politik der Sozialisten-Revolutionäre.

Welche Strafe Krzenko für die übrigen Angeklagten verlangt, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt.

(M.P.) Reval, den 31. Juli 1922. Gestern fanden in Moskau große öffentliche Versammlungen statt, in denen zu dem Prozeß gegen die Sozialisten-Revolutionäre Stellung genommen wurde. Die offiziellen Redner erklärten, es sei notwendig, die Führer der Partei der Sozialisten-Revolutionäre zum Tode zu verurteilen. In dieser Hinsicht wurden auch die Entschlüsse in allen Versammlungen angenommen. Die Resolutionen wurden dem Vorsitzenden des Revolutionstribunals Piatakow überhandt.

## Amerika lehnt ab

London, 2. August. Eine Exchange-Meldung aus Washington besagt, die Hände des Präsidenten Harding seien gebunden, da eine Annulierung der alliierten Schulden an die Vereinigten Staaten eines neuen Gesetzes bedürfte würde. Das Gesetz, betreffend die Erleichterung der Schuldensundierungskommission, besagt, daß jeder Dollar, der den Vereinigten Staaten geschuldet sei, zurückgezahlt werden müsse. Wenn die Regierung beabsichtigen würde, Verhandlungen bezüglich einer gegenseitigen Annulierung von Schulden anzunehmen, so würde der Präsident den Kongreß ersuchen müssen, das gegenwärtige Gesetz abzuändern. Eine solche Tat würde auf politischen Selbstmord hinauslaufen. Dies sei eine Zusammenfassung des Urteils der offiziellen Kreise in Washington nach Eintreffen der Nachricht über die Washingtoner.

## Der Generalfreik fehlgeschlagen

(E.C.) Rom, 2. August. Der Generalfreik, der für ganz Italien proklamiert worden war, scheiterte fast überall. Die öffentlichen Dienste arbeiten wie sonst. In den größeren Städten erschienen zwar die Gewerkschaften, doch werden die Drucker die Arbeit heute wieder überall aufnehmen. Es war auch das Gerücht verbreitet, daß die Eisenbahner noch in der letzten Nacht in den Streik treten wollten, doch glaubt man nicht, daß der Befehl hierzu gegeben wurde. Auf jeden Fall wurden Maßnahmen ergriffen, um den Verkehr der wichtigsten Güte aufrecht erhalten zu können. Die Parteien sind fast entschlossen, den Generalfreik zum Scheitern zu bringen, und wollen sich der Million Anhänger, die zu ihnen stehen, bedienen, wenn die Regierung nicht selbst eingreift sollte. Uebrigens sind auch die Führer der Sozialisten mit dem Ausbruch dieses Streiks nicht einverstanden, zu dessen Gelingen sie nur wenig Vertrauen haben. Ein Mißerfolg dieser Generalfreikbewegung könnte nur geeignet sein, sie um ihren Einfluß im Lande zu bringen.

## Zum Eisenbahnerstreik in Amerika

(E.C.) Washington, 1. August. Harding's Plan, den Streik der Eisenbahner zu beenden, besteht in folgendem: 1. Die Eisenbahngesellschaften und die Eisenbahner erkennen die Gültigkeit aller Beschlüsse des Eisenbahner-Arbeitsamtes an. 2. Die Unternehmer werden alle Verordnungen, die gelegentlich des Streiks erlassen worden sind zurückzuziehen. 3. Alle Streitenden werden ihre früheren Pläne einzunehmen. Das Arbeitsrecht wird gewahrt und allerlei Jugendschiffe werden gemacht werden. Gegenüber den Arbeitern, die nicht streikten, dürfen keinerlei Repressalien angewandt werden.

## Das neue polnische Kabinett

Der Nachfolger des gestürzten Koczan, Professor Koswalski, hat nunmehr sein neues Kabinett zusammengestellt: Ministerpräsident Koswalski, Innenminister Kramiencki, Außenminister Karutowicz, Kriegsminister Sosniowski, Finanzminister Koczanowski, Justizminister Makowski, Landwirtschaftsminister Koczanowski, Eisenbahnminister Koczanowski, Gesundheitsminister Koczanowski, soziale Fürsorge Datowski, Gesundheitspflege Dr. Chodkowski.

Die Sozialisten brachten einen Dringlichkeitsantrag ein, den noch aus der überreichlichen Zeit in Warschau bestehenden Verhandlungen aufzuheben.

(M.P.) Warschau, 1. August. Die Blätter der Rechten veröffentlichten einen Artikel Koczanowski, in dem dieser eine Darstellung seines Konfliktes mit dem Staatschef gibt und zu einer Entscheidung im Kampf um das Recht bei den Wahlen auftritt.

# Die Deutschvölkischen bei der Arbeit

Die Deutschnationalen bestreiten nach wie vor jede Verbindung ihrer Partei mit den deutschvölkischen Mörderkreisen, trotzdem Beweismaterial für eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschnationalen und Deutschvölkischen in Halle und Halle vorhanden ist. Wir wollen zur Entkräftung der deutschnationalen Klagen noch einiges zu dem schon vorhandenen Material beitragen. Hier ist es: Im „Freien Arbeiter“ Nr. 40 finden wir folgendes:

### Deutsche Tageszeitung.

Deutschnat. Studentendienst. Dessauer Straße 6/7.  
Deust. N. Zimmer 14.  
Hauptgeschäftsstelle.  
Ew. Hochwohlgeboren

beehren wir uns, folgendes ergeben mitzuteilen:

Im Einvernehmen mit der Geschäftsstelle der deutschnationalen Volkspartei hat sich der Deutschnationaler Studentendienst Deust. N. gebildet, der, eine Vereinigung von freisprengeligen, deutsch empfindenden Studierenden der fünf Berliner Hochschulen als Stützpunkt im Sinne der Richtlinien unserer Partei arbeitet. Mit Stolz und hoher Genugtuung können wir auf eine Reihe schöner Erfolge bei den letzten beiden Wahlen zurückblicken. Aber nicht eher, haben wir gelobt, vom Kampf gegen alles Undeutsche abzulassen, als bis unser geliebtes Vaterland zum zweiten Male gerettet und auch der letzte Arbeiter von den unheimlichen Einflüssen seiner jüdisch-bolschewistischen Verführer befreit ist. Obgleich der Deutschnationaler Studentendienst seinen Sitz in Berlin hat, so hat er doch durch die großen deutschen Verbindungen enge Fühlung mit den Hochschulen Deutschlands, die sich zur Durchführung unseres Programms restlos zur Verfügung gestellt haben.

Leider lassen sich die Ziele, die der D. N. St. D. sich gesetzt hat, ohne finanzielle Unterstützung aller Outgesinnten nicht erreichen. Manch guter Plan, manch lohnendes Unternehmen konnte trotz persönlicher Hingabe und Opferbereitschaft unserer Mitglieder wegen mangelnder finanzieller Grundlage nicht zur Ausführung gelangen.

Neuwahlen stehen bald bevor. Es gilt, die engere Heimat, unser rühmliches Preußen, von einer unwürdigen Regierung zu befreien. Mit der Vorbereitung der Propaganda muß schon jetzt begonnen werden. Aber nicht nur Wahlpropaganda wollen wir betreiben, auch noch andere Ziele haben wir, die dringend finanzieller Unterstützung bedürfen. In der Anlage erlauben wir uns, Ew. Hochwohlgeboren ein kurz umrissenes Programm des D. N. St. D. zu überreichen.

Ew. Hochwohlgeboren wäre der unterfertigte Auschuß für gütige Unterstützung unserer guten Sache durch Ueberweisung eines Beitrages auf eines der nachstehenden Konten überaus dankbar. In einer Auskunft über den D. N. St. D. sind jederzeit bereit

Se. Exz. Herr Staatsminister Dr. Hefferich,

Se. Exz. Herr Staatsminister Dr. Gergt,

Herr Graf Reventlow,

mit denen wir in enger Fühlung stehen.

Indem wir Ew. Hochwohlgeboren schon im voraus unseren gehorsamsten Dank für die außerordentliche Liebenswürdigkeit aussprechen, zeichnen wir mit deutschem Gruß

Der Propaganda-Auschuß des D. N. St. D. Deust. N.

W. Guntzner,

jud. jur. et rer. pol.

Konten:

Kur- und Neumärkische Darlehnskasse, Berlin.

Wilhelmplatz 6.

J. W. Krause & Co., Berlin, Behrenstr. 2.

### Programm

des Deutschnationalen Studentendienstes (Deust. N.)

1. Wahlpropaganda. Hierin sind einbezogen: Sprengtrupp für gegnerische Versammlungen, Schutztrupp für eigene. Beschaffung von Flugblättern und Plakaten für die Wahlen.
2. Einrichtung eines besonderen Pressendienstes für die Reichsparteien in politischen Tagesfragen.
3. Organisation von Hausmünderrednern. Besonders diese Organisation ist von größter Wichtigkeit; sie muß über das ganze Reich ausgedehnt werden. Nach dem Muster der Redner der Linksparteien muß eine Rednerorganisation auch von uns geschaffen werden, die nach kurzen, von einer Zentrale gegebenen Richtlinien durch persönliche Fühlungnahme mit der breiten Masse bei Straßenaufmärschen usw. dem Volke unsere Ideen einimpft. Das Fehlen einer derartigen Organisation hat mit zum Mißlingen des Kampfes beigetragen. Es gilt, die spärlich vorhandenen Rednerorganisationen über das ganze Land auszubauen und Studenten als besonders dazu geeignete Redner hinauszuschicken.
4. Einrichtung eines besonderen Spitzendienstes für politische Aufklärungs- und Ermittlungsverfahren. Hier

bei arbeiten wir Hand in Hand mit der politischen Kriminalpolizei durch Vermittlung des Grafen Reventlow. Ein Fall, bei dessen Aufklärung wir zurzeit sind, wird demnächst die Presse beschäftigen. Leider verschlingt diese Spitzorganisation durch Reisen, Bekleidungsgebelde usw. erhebliche Summen.

5. Einrichtung einer großen Jugendblüherei im Verein mit dem D. N. Jugendbunde, um die aus den Schulen zu entfernenden Werke vaterländischen Inhalts zu ersetzen und sie besonders Volksschulkindern zugänglich zu machen.
6. Aufklärungsaktivität unter den Arbeitern. Veranstaltung gemeinverständlicher Vorträge. Druck und kostenloser Vertrieb von Aufklärungsmaterial.
7. Unterstützung der Zeitfreiwilligenorganisationen und Selbstschutzorganisationen in jeder Hinsicht.
8. Wirtschaftliche Beihilfen für minderbemittelte Studierende.
9. Fühlungnahme mit den Führern in der nationalen Bewegung außerhalb des Reiches, z. B. Deutsch-Österreicher, Ungarn, Türkei.

Dieser Brief und vor allem das Programm des Deutschnationalen Studentendienstes, an der Spitze natürlich der Rathenaumörder und ehemalige Udenborrissekretär Guntzner, spricht für sich, so daß wir uns auf folgendem Hinweis beschränken wollen: Vor einigen Tagen machte Hans Gyan in der „Voss. Zig.“ (siehe auch „Freiheit“ vom 30. Juli) Andeutungen über denselben berichtigten Guntzner, wonach dieser im Dienste der politischen Polizei (Abt. IA) gestanden haben soll. Diese Andeutung gewinnt durch das obenstehende Programm (Abs. 4) erhöhte Wahrscheinlichkeit und es ist dringend erforderlich, daß sich die politische Polizei, vor allem Herr Polizeipräsident Richter, endlich einmal über diese Angelegenheit äußern läßt. Vor allem erwarten wir sofortige Aufklärung darüber, was die Regierung zu tun gedenkt, um „das Hand in Hand arbeiten“ der Mörderorganisationen mit der politischen Polizei und Herrn Reventlow im besonderen unmöglich zu machen und auch gerade in diesen Stellen einmal mit Hilfe der Schutzgesetze gründlich hineinzuschauen.

Bei der Gelegenheit wollen wir gleichzeitig der Öffentlichkeit Kenntnis geben von einem Schreiben, das klar beweist, wie die aufgelösten nationalsozialistischen Verbände unter anderer Firma lustig weiterbestehen und weiter beraten. Das Schreiben lautet:

Reichsbund „Schwarz-weiß-rot“ Berlin-Schöneberg, 28. 7. 22.  
Geschäftsstelle Groß-Berlin  
Alexander de la Croix  
Berlin-Schöneberg, 28. 7. 22.  
Ruffeiner Str. 14

Fernruf: Stephan 122

Postfach: 138 388

Sehr geehrter Herr!

Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Zeitung des Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“ für Groß-Berlin mit dem heutigen Tage dem unterzeichneten Vorstandsmittgliede untersteht.

Sie wollen daher die Freundlichkeit haben, in Zukunft jede geschäftliche Abwicklung Ihrer Werbung, insbesondere die Anforderung von Werbematerial, die Ueberlieferung der bei Ihnen eingegangenen Beitrittsverklärungen und Mitgliedsbeiträge nach hier vorzunehmen. Zur Ueberweisung der Geldbeiträge bitte ich Sie, sich meines Postfachkontos, Alexander de la Croix, Berlin NW. 7, Nr. 138 388 bedienen zu wollen.

Des weitern wollen Sie die Güte haben, mir anzugeben, wieviel Werbematerial Sie noch in Händen haben, und zwar getrennt anläßlich nach:

1. Beitrittsverklärungen,
2. Plakate,
3. Zeichnungen.

Bei der Ueberlieferung weiteren neuen Werbematerials werden in Zukunft die Ihnen übersandten Ihnen bezw. Beitrittsverklärungen folgenden Ausdruck tragen: „Geworben durch...“. In den Raum hinter dem Ausdruck wollen Sie freundlichst Ihren Namen setzen, um Ihre Verdienste auch gegenüber der Zentralkasse deutlich feststellen zu können.

Ich stehe Ihnen mit jeder erwünschten Auskunft stets gern zur Verfügung und bitte in allen Fällen sich an mich zu wenden.

Indem ich Ihnen für Ihre bisherige Tätigkeit im Namen des Vorstandes meinen verbindlichen Dank ausspreche, bin ich mit deutschem Gruß

Ihr ergebener  
de la Croix  
Vorstandsmittglied des Reichsbundes  
„Schwarz-weiß-rot“.

Der unterzeichnete de la Croix ist derselbe, der vor einigen Tagen die Berliner Gerichtskorrespondenz Oskar Thiele mit einem Herrn Guntzner zusammen übernommen hat.

## Englische Arbeitslosenfragen

(E.C.) London, 2. August. Gestern trat die ministerielle Kommission, die sich mit der Streikfrage zu beschäftigen hat, zum erstenmal zusammen und erörterte Versuche, die Zahl der Arbeitslosen im Ausland zu vermindern. Die Kommission besteht aus dem Gesundheitsminister Alfred Mond, dem Handelsminister Baldwin, dem Kriegsminister Worthington Evans und dem Direktor für den Ueberseehandel Philippe Mond Creamer.

## Der griechisch-türkische Konflikt

Konstantinopel, 2. August. Aus der Gegend von Artak wird ein Grenzverstoß gemeldet. Eine Abteilung griechischer Kavallerie übergriff die Grenzlinie und erriet mit türkischer Gewandtheit in ein Feuergefecht. Unter Zurücklassung dreier Toten und eines Verwundeten zogen sich die Griechen über die Grenze zurück. Weiter drangen zwei armenische Kavallerie- und Infanterieverbände in die neutrale Zone ein, wo sie sich in einem Bauernhof, 500 Meter von der Grenzlinie entfernt, festsetzten. — Die Auseinandersetzung der armenischen Truppen in Osttraxien dauert an. Es werden militärische Vorbereitungen zu Lande und zu

Wasser getroffen, um jedem Vordringen der Griechen über die Grenzlinie Widerstand zu leisten. — Die hohe Pforte wird morgen den alliierten Kommissaren eine Protestnote gegen die Proklamierung der Autonomie von Smirna übergeben.

## Mit 10 Jahren Mutter

(M.) New York, 2. August. In dem Orte Gardin brachte soeben ein 10-jähriges Mädchen ein vollkommen normales und gesundes Kind im Gewicht von 7 Pfund zur Welt. Dies scheint der erste Fall von arabischer Frühgeburter, derart frühzeitiger Mutterchaft zu sein. Eine Reihe medizinischer Wissenschaftler haben Vertreter an Ort und Stelle entsandt, um sich von diesem interessanten Fall vorzeitiger Mutterchaft zu überzeugen.

Der Erfinder des Fernsprechers gestorben. Dr. Graham Bell, der Erfinder des Fernsprechers, ist am Dienstag gestorben.







# Groß-Berlin

## Lederne Intelligenz

Den lieblichen Pompadour, monogrammbestickt und an bunten Baischleinen baumelnd, wie einst ein Portiepee am schleppenden Sabot der exmittierten Offizierkaste, führt nur noch die alte Jungfer spazieren. Das ganz alte Genre, Marke Klatschbabe und Beschweifer. Oder ein biederes Provinzplätzchen, dem man bei seinem Großstadtbesuch auf zehn Ellen gegen den Wind den ländlichen Stammbaum anreicht. Himmel, war das doch eine rüchthändige Zeit, als auch in dem noblen Berlin alles Ewigweibliche mit dem im schleudernden Beutel lieberlich verhauchten Räumchen, Zahnstochern, Riechflaschen, Zaheren, Schminkeköpfen, Puderbüchsen, Pfefferminzbonbons und Pralines herumließ! Heute schleudert jedes Mägdlein, das zum Broterwerb nicht in die Fabrik geht, und fast schon jeder zweite werdende oder gewordene Mann, der sich nicht zu den „Arbeetern“ rechnet, mit der hochfeinen Affentiache. Schön gehenkelt ist sie, mit blankem Metallschloß und knackenden Druckknöpfen geziert, und wer es besonders gut mit sich meint, der leidet keine Rote an seiner „ledernen Intelligenz“, kauft sie sich für einige hundert Papieremden „aus einem Stück“. Es muß doch recht viel Gräße im Kopf wenigstens aussehen. — Sonst hat das ganze Renommieren keinen Zweck.

Kein Lippräulein, kein Portofaßentritter, kein Schreiberlein mehr ohne Mappe! Und wer Gelegenheit hat, neugierig die Mappengeheimnisse zu ergründen, der findet noch all das verschrobene Nützzeug weiblicher Gesellschaft aus dem ausf Altenteil gelebten Pompadour, vielleicht auch noch einen Gehirnverfälschenden Affentiache oder — ein großes Nichts. Ihr glaubt ja gar nicht, wieviele Männlein und Weiblein die gähnend leere Ledermappe mit sich herum-schleppen und sich einbilden, das sei das sichere Merkmal ihrer Intelligenz. Seht Ihr so etwas beim Arbeiter, beim Fabrikmädels? Die stecken sich ihr Fröhstück in die Rocktasche oder tragen es frei in der Hand, sind stolz darauf, überall als Arbeiter zu gelten. Die wollen nicht mehr sein, als sie sind, und verzichten auf den gemieteten „Teich“ aus Leder. Und selbst der wirkliche Geistesarbeiter ist meist herzlich froh, wenn er seinen Schrifftrom und die Affentiache zu Hause lassen kann. Was er kann, trägt er im Kopf.

Wie sagt doch Altmeister Goethe? „Du hast wohl recht, ich finde nicht die Spur — Von einem Geist, und alles ist Dressur!“

## Unhaltbare Zustände

### Mit vier Kindern auf die Straße gesetzt.

Ein einziger Gerichtsvollzieher im Amtsgerichtsbezirk Neukölln, zu dem auch Treptow gehört, hat augenblicklich 38 Räumungsurteile gegen Portiers (Haus-reiniger) zu vollstrecken. Das sind also nur die schwebenden Fälle, während die in den letzten drei Jahren erledigten Ermittlungen in die Hunderte gehen. Eine solche erhebliche Zahl von Zwangsdrängungen in einem bestimmten Hausbewohnerkreise schreit doch geradezu nach einer anderweitigen Regelung, auch wenn man zugibt, daß Hausreiniger infolge schlechter Bezahlung ihre Arbeit oft nicht so verrichten, wie es die Mieter verlangen können, was dann die Ursache der Räumungsfrage des Vermieters wird.

Ein besonders krasser Fall wird aus der Riechholzstraße 18 b in Treptow gemeldet. Hier ist am 20. Juli der Portier Franz Röttiger mit Frau und vier Kindern auf die Straße gesetzt worden. Das Mobiliar ließ der Gerichtsvollzieher nach einem Speider bringen. Die sechs Familienmitglieder haben mit Mühe ein Asyl an fünf verschiedenen Stellen bei Verwandten und Bekannten

gefunden. Den Hauswirt trifft nach Angabe der Mieter keine Schuld. Die Portierleute waren hier schon mehrere Jahre tätig. Die Hausreinigung genügt nicht mehr den einfachsten Ansprüchen, als die Ehefrau vor Jahresfrist schwer an Lungentuberkulose erkrankte, worüber den zuständigen amtlichen Wohnungshellen ein ärztliches Attest vorliegt. Erst nach monatelangen Abwarten entschloß sich der Hauswirt zur Räumungsfrage, weil die Verschmutzung eine hygienische Gefahr für die Mieter bedeutete. Die Portierleute hätten gern freiwillig die Wohnung geräumt, konnten aber keine andere finden. Das Amtsgericht setzte mit Rücksicht auf die Krankheit die längste zulässige Räumungsfrist von drei Monaten fest. In diesem Vierteljahr wies auch das Wohnungsamt den Portierleuten keine Wohnung zu. Merkwürdigerweise ist aber zur selben Zeit einem drei Minuten entfernt wohnenden Hausverwalter und Dentisten in der Gröschstraße, der bereits eine auskömmliche Wohnung hat, im gleichen Hause ein Laden mit Wohnung zur Einrichtung eines Konfitürengeschäftes zugewiesen worden, worüber in dem ganzen Wohnviertel starke Erregung herrscht. Der Dentist hat also nunmehr in dem gleichen Hause zwei Wohnungen. Warum hat man nicht die Wohnung vom Laden getrennt und sie dem exmittierten Portier überwiesen? Alle diese unhaltbaren Zustände haben zu ersten Vorkellungen des Treptower Mieterverbandes bei dem Vorstehenden des Mieteneinigungsamtes, Amtsgerichtsrat Dr. Fuß, geführt, der zugunsten hat, sein Möglichstes zu tun, um auf irgend-eine Weise eine grundsätzliche Änderung zu erreichen, die allen Beteiligten gerecht wird.

## Scheinwerfer

Bereits vor längerer Zeit hat die Hauptverkehrsstelle des Berliner Polizeipräsidiums auf die Verwendung übermäßig hellleuchtender Scheinwerfer hingewiesen. Mehrfache kleinere Unfälle haben klar erkennen lassen, welche Gefahren die hellleuchtenden Scheinwerfer für die entgegenkommenden Fußgänger in den sehr abends fast dunklen Straßen bedeuten. Infolge des Hinweises der Hauptverkehrsstelle hat sich dieser Uebelstand vorübergehend gebessert. Eine ganze Reihe von Kraftwagenbesitzern hatte die Scheinwerfer bei Fabriken innerhalb der Stadt abgeblendet und hatten doch eine ausreichend erhellte Fahrtrasse vor sich.

Neuerdings scheinen sich die Chauffeure und Kraftwagenbesitzer weniger an die Vorschriften zu halten. Häufiger denn je muß der Fußgänger in den Abendstunden geblendet die Augen schließen, weil ein ihm entgegenkommendes Fahrzeug übermäßig harte Scheinwerfer als Blendungsfahrer. Vor allen Dingen stehen hierbei einzelne Kraftwagen an erster Stelle, die mit modernsten Autoscheinwerfern ausgerüstet sind und nicht den Eindruck machen, daß das Gewerbe nachsteht. Eine gute Kraftwagenbeleuchtung hat sicherlich ihre Vorteile: für den Fußgänger bringt sie neben bestmöglicher Augenentlastung aber vielfach noch Gefahren, da die gelblichen Personen noch viertelstundlang, wohn sie auch leben, nichts sehen, als zwei helle Punkte, während alles übrige im Dunkel liegt.

Die Vorken der Verkehrspolizei müßten angewiesen werden, in jedem einzelnen Falle Wagen festzustellen, die mit anderer Beleuchtung als gewöhnlichen Wagenlaternen un-abgeblendet fahren, während den Kraftwagenbesitzern aufgegeben werden muß, die Scheinwerfer im Stadtinnern überhaupt nicht zu betätigen und neben diesen andere Beleuchtungen zu führen, deren Höchstlichtstärke genau vorgeschrieben sein müßte. Eine derartige Regelung würde trotz der nicht immer ausreichenden Strafenbestrafung möglich sein, da innerhalb Berlins die Höchstgeschwindigkeit auf 25-Stundenkilometer festgelegt ist.

## Ueberführung der Schutzpolizei in den Einzeldienst

Mit dem 1. August ist im Bereich der Polizeigruppe Mitte, die die Polizeiamter Mitte, Tiergarten und Prenzlauer Berg umfaßt, die Ueberführung der Schutzpolizei in den Einzeldienst erfolgt. Von den kasernierten Verbänden dieser Gruppe wurden zehn Polizeihundertschaften, alle Kraftfahrhundertschaften und Nachrichtenzüge aufgelöst. Waren bisher im Bereich dieser wichtigen Formation nur 600 Beamte im Einzeldienst tätig, so hat sich jetzt diese Zahl auf 1700 erhöht. Diese Beamten

sind hiermit entkaserniert und können auf Wunsch Privatunterkünfte beziehen. Soweit dies bei der augenblicklichen Lage des Wohnungsmarktes noch nicht möglich ist, können sie mit Genehmigung des Ministers des Innern vorläufig noch in staatlichen Gebäuden untergebracht werden. Aus diesem Grunde kann auch zurzeit die Bevölkerung noch nichts mit der Freigabe der ehemaligen Kasernen rechnen. Um diesem Zustande baldigt abzuhelfen, hat, wie wir von dem Kommando der Schutzpolizei hören, dieses bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet, um Privatwohnungen für die im Einzeldienst tätigen Beamten bereitzustellen. Die Entkasernierung weiterer Teile der Berliner Schutzpolizei ist in dem Maße geplant, daß am 1. Oktober die Umorganisation ihren vorläufigen Abschluß erreicht hat.

Vedialig die Polizeigruppen West und Südost werden erst im nächsten Etatsjahr umgebildet werden. Schon jetzt sind bei diesen Teilen 5 Hundertschaften, 7 Kraftfahrhundertschaften und 7 Nachrichtenzüge aufgelöst.

Im Zusammenhang mit diesen ganzen Veränderungen ist ferner am 1. August die Auflösung der Luftfahrüberwachungsabteilung erfolgt.

## Erhöhung der Bricketts- und Kokspreise

Die ab 1. d. M. eingetretene enorme Preissteigerung der Produktionspreise für sämtliche Rohstoffarten hat eine entsprechende Veranschlagung der Kleinverkaufspreise für Bricketts und Koks erforderlich gemacht. Diese betragen mit Wirkung vom 3. d. M. ab pro Zentner: Für Kühlen- und Fleckenbrand: Bricketts ab Lager M. 105,10, frei Keller M. 106,10; Gasfoks ab Lager M. 187,—, frei Keller M. 188,—. Bei fahnenweiser Lieferung: Bricketts M. 106,05, Gasfoks M. 187,—. Weisfächer Schmelzfoks M. 191,05, Nichtenberaer Schmelz- und Berliner Kammerfoks M. 190,95, Oberischel Schmelzfoks M. 207,05, Niederschiel Schmelzfoks M. 219,90, Sächsischer Düttenfoks M. 217,90.

## Großhandelspreise in Berlin

Die Preise verziehen sich für 50 Kg. frei Haus Groß-Berlin, soweit nicht auf Grund des Ertragsgebrauchs Kollgeld berechnet wird. Von Markt bis Markt: Gerstengraupen 105 2350—2450, Gerstengarbe, 105 2350—2400, Haferflocken, 105 2850—2925, Hafergarbe, 105 2900—2950, Kartoffelflockenmehl 3100—3450, Maisflocken, 105 2100—2200, Maisartef 2050 bis 2150, Weismehl 1850—1950, Weizenmehl, 105 2600—2700, Makkaroni, 105 3100—3200, Schnittmehl, 105 2600—3100, Birma-Reis 3100—3200, alai Tafelreis 3200—4800, grober Brudreis 2800—2800, Reisflocken, 105 2550—2650, Reisartef, 105 2250—2550, Hingawel, amerif. 21 800—22 000, getr. Aprikosen, cal. 22 500—23 000, getr. Birnen, cal. 15 500—15 700, getr. Pfirsiche, cal. 12 000—12 275, getr. Pfäumen 5150—5350, Korinthen, 1921 Ernte 9960—10 000, Kofinen (kup. corab. 1921 Ernte 7900—8100, Sultaninen in Kisten 1921 Ernte 18 500 bis 18 700, Mandeln, bittere 12 195—12 570, Mandeln, süße 21 650 bis 21 900, Kameel 19 900—20 100, Kämmeel 14 375—14 500, Schwarzer Pfeffer 11 600—11 680, Weißer Pfeffer 16 520 bis 16 780, Kaffee prime 20 300—20 800, Kaffee superior 19 800 bis 20 200.

## Der Wohnungsausschuß auf der Rettungsleiter

Ein überaus komisches Intermezzo hat sich im Gemeindehaus in Niederschöneweide gegenüber dem Bahnhofsplatz abgespielt. Hier tagte noch in der letzten Abendstunde der Wohnungsausschuß. Als die etwa zehn Herren sich empfergen wollten, haben sie sich eingesperrt. Die Pfortnerin war der Meinung gewesen, daß alle Störungen beendet seien, hatte das Haus abgeschlossen und war fortgegangen. Man rief nun aus dem Fenster einen Polizeiposten an, der die Feuerwehr alarmierte. Von der nur fünf Minuten entfernten Feuerwehr rückte ein Feuerwagen an. Die Feuerwehrleute stellten eine Leiter auf und „retteten“ über diese den ganzen Wohnungsausschuß ins Freie. Ein Kriegsbeschädigter wurde mit Hilfe der Fauleine nach der Straße geschafft. Das zahlreich versammelte Publikum spendete, als das seltene Rettungswerk ohne Schaden vollendet war, humoristischen Beifall.

# Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(9. Fortsetzung.)

„Ja, die Lisbeth. Ein Jammer, daß die in der Siegelgäß hocken muß, das arme Tier.“

Es war nun so mild und friedlich. Die Klar dachte, nun müßt's Feierabend läuten. Aber es war noch zu früh dazu.

Die Klar sah die Kunde der Hügel ab, so weit sie ihrem Blick offen war.

Drüber hinaus, drüber hinaus!

Nur da vorn, wo die Eulenmühle stand, da war's offen. Da zwang sich die Pariser Chaussee durch. Aber das ging nun auch zu. Mit einem dünnen feinen Vorhang. Und der Abend deckte bald das Tal, den ganzen Kessel, das Dorf und die Wiesen, den Bach und die Hänge der Reben. Oben auf den Hügel die Dörfer, die lagen da mit ihren blinzelnenden Augen und räkelten sich dahin und glogten herunter, wie wenn sie nichts anderes zu tun hätten, als in das Loch zu gaffen. Was da zu sehen war! Da war's nun zu, zu wie eine Halle, darin die Maus krabbelt. Und die da oben hockten davor, wie die Rabe vor der Mausfalle.

Unten wurde das Signallicht der Eisenbahn aufgezogen, das erste Licht.

„All das war nit — und hätt man nit — wenn man den Lump von Mann nit gehabt hätt!“ knirschte sie aus einem dunklen Gefühl heraus.

Dann tat sie einen Schind mit der rechten Hand und pfiß vor sich hin.

„Und ich halt die ganze Welt aus, und wenn sie mich sieben Mal klein machen will. Grad nit, grad nit. Ich laß mich nit kaputt kriegen!“

Sie wollte gleich zur alten Lisbeth hingehen. Sie blieb aber noch ein wenig an den Türpfosten gelehnt und sah verträumt über den Garten. Nein, heute ginge sie doch nicht mehr zur Lisbeth hin.

Sie ging in ihre Stube und wollte mit ihrem Vuden reden, daß die Welt weit wäre, und daß überall Welt

wäre, nicht nur hier, auch weit draußen im Land, und daß es überall möglich sei, durchzukommen — und daß es besser wäre, man hätt's draußen probiert, als daß man ewig dabei hocken geblieben wär und wär verfault und verstunken, verstunken und verfault.

5.

Die Klar hatte gleich zur alten Lisbeth gehen wollen. Drinnen hatte sie sich aber anders besonnen, und es war ihr auch ein Auftritt mit ihrem Philipp dazwischen gekommen. Als sie nämlich in die Stube kam, saß der Philipp hinterm Tisch und weinte.

Die Mutter, in ihrer polsternden, burschen Art, fuhr ihn gleich an.

„Was weinst denn — Gutsimpel? Und wenn der Bürgermeister kommt — und der Friedensrichter und der Großherzog selber — grad nit. Wird nit geduckt. Grad nit. Wir verdienen ehrlich unser paar Trumpeln — und wenn wir sie zum Fenster hinausschmeißen wollen, geht's auch kein was an. Klenn nit — das paßt für kein Bub. Grad nit, Herrgottsaferment, grad nit!“

Der Philipp hielt sich geduckt.

„Und wenn wir tanzen wollen, dann tanzen wir, grad wie wir wollen. Proste Mahlzeit — da könnt jeder kommen. Breuken sind wir nit, die sich kommandieren lassen, Hesse sind wir, aus dem Weinland sind wir, da wird getanzt, was das Zeug hält. Was gibst du, was hast du! — Tu dein Köpp in die Sch, laß! Laß sie aus, all die Schneidbankstöpp mit ihren überzwerger Ansichten.“

„Ihr hätt auch nit alsfort zu rufen brauchen: Dana doch! Habt Ihr's gehört, das gibt jetzt einen Unnamen für mich. Und daß Ihr immer sagen müßt: Schneidbankstöpp. Auf einmal hab ich auch das als Unnamen. Warum sagt Ihr denn immer, ich müßt Schullehrer werden! Am End werd ich gar keiner, und dann!“

Aber nun fuhr ihn die Mutter an.

„So, wirst keiner? Dann schlag ich dir alle Knochen im Leib entzwei. So, nun weist du's! Was willst denn werden? Faulenger, Tagdieb! Ja, proste

Mahlzeit! Meinst, ich wollt so einen Kerl an dir großziehen, wie dein Vatter einer ist? Lieber gehängt, lieber bei lebendigem Leibe gehängt — da, wo die Welt am höchsten sind.“

Sie schlug die Tür zu und ließ den Vuden allein. Draußen flog das Geschirr nur so in der Küche. Es rappelte, als wenn sieben Mägde wirtschafteten. Und die Klar murmelte beständig in sich hinein. Dann ließ sie plötzlich alles stehen, wickte ihre Hände an der Schürze ab und raste in die Stube.

„Daß du's weist — morgen kriegt die Had ihren Stil. Punktum — basta! Du gehst nit in die Schul, ich fuhr dich zum alten Krafft. Nimmst dir dich, ist's gut. Nimmst er dich nit, werden wir anders sehen. Aber 's geschieht jetzt, da beist kein Maus kein Faden ab. Soll ja gleich das Kränk-Gewürzel hinein-schmeißen, wenn ich mit von andern Leut was diffieren müßt lassen. Grad nit. Dafür bin ich die Kaiserklar. Und wenn der Napoleon kam — und hunderttausend Türken. Das wär mir noch mal schöner. Es geht, oder es geht nit. Anders gib't's nit. Merk dir das, du Flöbhaub. Ein Kaiserkrüppel mach ich kein aus dir.“

Für den Abend war's gut. Die Klar besorgte unter beständigem Knurren ihre Hausarbeit. Und als es draußen auf der Treppe mal rief: „Danz doch!“ in einem noch klarenen A, als sie selbst sagen konnte, ließ sie sich auch nicht aus dem Geleise bringen.

Der Philipp machte sich so früh wie möglich aus den Nest und kroch in sein Bett.

Die Klar kam zum alten Krafft, als er gerade in seine Schulkstube gehen wollte. Das war eigentlich der kritischste Moment, ihm in die Quere zu laufen. Dann hatte er drin die Pfeife neben sein Stiehpult gestellt, hatte Bücher und Hefte noch einmal durdgelesen, und hatte sich noch einmal gemerkt, wen er sich tüchtig vornehmen wollte — aber auch, was er besonders durchzunehmen gedachte. Kurzum, er war auf dem kurzen Weg vor seinem Stiehpult bis zu seiner Schulkstube für die er durch den Hof erreichte, in völlig konzentrierter Weise schon in seinem Beruf drin.

(Fortsetzung folgt.)



### Warnung.

Die städtische Schuldeputation teilt mit: In neuerer Zeit wird durch Inflation und auf andere Weise die Vermittlung kostenloser Pflegestellen auf dem Lande für erholungsbedürftige Großstadtkinder angeboten. Als Vermittler treten Erich Seims und Emil Radlach, Berlin-Neukölln, Saalestr. 8, auf. Für die Berücksichtigung wird von den Benannten im voraus eine Vermittlungsgebühr von 100 Mark gefordert. Die Eltern werden vor derartigen Anpreisungen gewarnt. Gegen Seims' Schwelger bereits ein Strafverfahren wegen Betruges. Die Leiter und Leiterinnen der Gemeinde- und Mädchen-Mittelschulen sind hiervon in Kenntnis gesetzt mit dem Ersuchen, die Kinder zu warnen und auf das Schädliche dieser Vermittlungen hinzuweisen.

**Essentliches Gesangsconcert auf dem Stephanplatz Moabit.** Der Meinesche Männerchor 1900, M. d. D. A. S. B., Gau Berlin, hält am Freitag, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr, ein öffentliches Concert auf dem Stephanplatz (Moabit) ab.

**Wassersportplatz Pöbensee.** Am Sonnabend, den 5. August, wird der Wassersportplatz Pöbensee für den Freibadverkehr von 7 Uhr geschlossen. Kassenchluss ist um 6 Uhr. Von 7 Uhr ab findet ein Schwimmfest des Arbeiter-Schwimmvereins statt.

**Die Wohnungsnot der Schutzpolizeibeamten.** Nachdem die Umorganisation in der Schutzpolizei eingeleitet hat und die Beamten dem Einzeldienst zugeführt werden, ist die Wohnungsfrage eine der schwierigsten, die zu lösen ist. Um die Beamten in dieser wirtschaftlichen Notlage zu unterstützen, bitten wir alle Vermieter, die ein möbliertes Zimmer abzugeben haben, ihre Adresse an die Bezirksgruppe Groß-Berlin des Preussischen Polizeibeamten-Verbandes, Berlin S 14, Neu Kölln am Wasser 11, zu senden. Die Bezirksgruppe des Verbandes, der bekanntlich von den Reaktionsären stark angefeindet wird, wäre dann in der Lage, viele ihrer Mitglieder zu unterstützen und die Adressen zu übermitteln.

**Die städtische Schulambulanz in Neukölln** nimmt auch während der Ferien bedürftige Schulkinder in Behandlung, und zwar ist die Sprechstunde für Neuauftnahmen werktäglich von 9-10 Uhr vormittags festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit sei allen Eltern und Erziehern nochmals nahegelegt, von Zeit zu Zeit dem Gesundheitszustand der Säuglinge und des Mundes der Kinder die nötige Aufmerksamkeit zu schenken. Durch rechtzeitiges Eingreifen können vielfach durch bloße Vernachlässigung eintretende Komplikationen sowie Mundkrankheiten mit Leichtigkeit vermieden werden. Der Besuch der Klinik im letzten Quartal ist gegenüber Januar bis März d. J. nur um ein Geringes zurückgegangen. Behandelt wurden insgesamt 6088 Kinder, davon 2860 Knaben und 3228 Mädchen. Die Zahl der Neuauftnahmen betrug 1985.

**Eine 2-Millionen-Rente** machten Einbrecher in der gestrigen Nacht in dem Baumwollwarengeschäft von Czemin & Alexanderweg in der Kaiser-Wilhelm-Straße 57. Sie erbrachen mit Gewalt eine Tür im Erdgeschoss und stahlen für 2 000 000 Mark Baumwollwaren und Stoffe. Das Türschloß hatten sie herausgeschnitten. Von den Tätern und dem Verbleib des gestohlenen Gutes ist noch keine Spur gefunden.

**Selbstmord eines Ehepaares.** Als der Vater bzw. Schwiegervater der Eheleute diese in ihrer Wohnung Grüner Weg 70 besuchen wollte, wurde ihm trotz mehrfachen Klopfens und Lautens nicht geöffnet. Man drang gewaltsam ein und fand beide Eheleute tot auf. Sie hatten sich mit Gas vergiftet. Der Beweggrund ist noch unbekannt.

**Selbstmord im Tiergarten.** In der gestrigen Nacht gegen 12 1/2 Uhr wurde der 26 Jahre alte Musiker Wilm. H. um Ahornsteig unweit der Sieges-Allee mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe aufgefunden. Da er noch Lebenszeichen von sich gab, schaffte man ihn zur nächsten Rettungsstelle, wo aber bald der Tod eintrat.

**Eine Kindesleiche im Müllkasten.** In dem Müllkasten des Hauses Pappel-Allee 74 wurde die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden, die etwa vier Tage dort gelegen haben mochte.

### Arbeiterfpo.

**Erweiterung des Turnbetriebes im Citen Berlins.** In der Turnhalle Petersburger Straße 4 ist für kurze Zeit ab 17 Jahre eine Männer-Abteilung errichtet worden. Turnzeit Freitag von 8-10 Uhr. Die Jugendlichen von 14-17 Jahren turnen in der gleichen Halle Dienstag und Sonnabend von 8-10 Uhr. Auch für Turnerinnen, Knaben und Mädchen ist Turngelegenheit vorhanden. Die Genossen werden gebeten, die Jugendlichen auf obige Turngelegenheiten der freien Turnerschaft Groß-Berlin hinzuweisen.

**Am Besten des Turnstützenfonds** veranstaltet der Bezirk Wedding der freien Turnerschaft Groß-Berlin am kommenden Sonntag ein Gartenfest in der Bodbrauerei, Chausseestraße 64, Anfang 3 Uhr. In Anbetracht des wohlwolligen Beweises wird die Arbeiterfpo. des Nordens um zahlreichen Besuch gebeten.

**25 Jahre Arbeiter-Wasserpost.** In diesem Jahre feiert der 1893 dem Arbeiter-Turn- und Sportbunde angefallene Arbeiter-Schwimmclub, später Arbeiter-Wasserpost-Berlin (A. W. B.) genannt, sein 25jähriges Bestehen. Aus drei Groß-Berliner Vereinen mit etwa 100 Mitgliedern hat er es zu über 300 Vereinen im ganzen Reich und fast 70 000 Mitgliedern gebracht und ist noch in ununterbrochener Entwicklung begriffen; ebenso sind seine sportlichen Leistungen gestiegen, was auf dem 1. Arbeiter-Turn- und Sportfest in Ostpreußen von einer angesehenen Sachverständigen bestätigt wurde. Zur Feier dieses Jubiläums haben am Sonntag, den 6. August, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Kaiserplatz“ am Wannenseesee ein Sommerfest statt, das in der Form der ersten Bundesfeier darzustellen ist (Musik, Spezialitäten, Tanzschirminnen und sonstige wasser-sportliche Veranstaltungen). Alle ehemaligen, namentlich die Mitglieder aus den Ortsvereinen werden eingeladen, an welchem Jubiläumstage teilzunehmen. Da die Vereine des A. W. B. der Berliner Arbeiterfpo. berechnete Beitragsbeiträge im Sommerfest an dem Orte gestellt haben, so wird auch diese am nächsten Freitag, 7. August, im Clubhaus stattfinden, um die Angelegenheiten zu klären.

**Turn- und Sportverein „Nixe“, Berlin.** Sonntag, den 6. August, auf dem Sportplatz Kropstin, südlicher Landstraße, Reinickendorf am Schillersee, Marienpark an der Kreuzhöhe, Sommerfest des Vereins. Turnische, sportliche Vorführungen sowie Wettkämpfe kommen zum Ausdrück.

## Gewerkschaftliches

### Der Lohnkampf der Hoch- und Straßenbahner

Nach Informationen der BS-Korrespondenz lag gestern abend ein endgültiges Ergebnis über die Abstimmung bei den Straßenbahnern über den Schiedsspruch noch nicht vor. Die eingelaufenen Teilergebnisse lassen jedoch erkennen, daß durchschnittlich auf 1000 abgegebene Stimmen nur etwa 20 Stimmen für die Annahme des Schiedsspruches kommen, so daß an einer Ablehnung des Spruches nicht gezweifelt werden kann. Im Gegensatz zu der Abstimmung der Hochbahner bedeutet die Ablehnung des Schiedsspruches bei den Straßenbahnern noch kein Streikbeschluss. Wir hoffen, daß der Magistrat Berlin durch entgegenkommendes Verhalten einer gütlichen Verständigung die Wege ebnet.

Durch die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Hochbahner (wir teilten bereits mit, daß 2000 Stimmen für den Streik, 829 dagegen abgegeben wurden) ist der Streik beschlossen worden. Nach Mitteilungen derselben Korrespondenz hat sich in letzter Stunde die Lage insofern verändert, als der Oberpräsident als Demobilisierungskommissar am Dienstag abend den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Hochbahn seine Vermittlung angeboten hat. Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisation haben diese Vermittlung angenommen; für den Fall eines Streikbeschlusses haben sie ausdrücklich für den Zeitpunkt der Proklamierung des Streiks freie Hand bekommen.

Von dem Verlauf der Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar, falls sie überhaupt zustande kommen, wird es abhängen, ob und wann der Streik proklamiert wird.

### Der Streik bei A. Wertheim

Die Entlassung bzw. Kündigung von zwei Betriebsratsmitgliedern hat nunmehr zur Arbeitsniederlegung der Angestellten und Arbeiter der Firma A. Wertheim geführt.

Die beteiligten Gewerkschaften haben seit 12 Wochen alle Verhandlungsmöglichkeiten gesucht und erschöpft. Trotz aller Widerstände gelang es den Gewerkschaften, die Firma am Dienstag, den 1. August, an den Verhandlungstisch zu bringen. Im Laufe dieser Verhandlungen stellte sich heraus, daß die Gründe, die die Firma bei beiden Fällen geltend macht, der objektiven Sachprüfung in keiner Weise standhalten. Besonders muß auf die Reichertigkeit hingewiesen werden, mit der die Firma eine Anstellung, die 10 Jahre treue Dienste geleistet hat, mit dem Makel des Betruges behaftet. In einem Ausnahmefalle, den die Firma der gesamten Belegschaft zur Kenntnis brachte, wird das betreffende Betriebsratsmitglied als Dieb inoffiziell bezeichnet, obwohl die Firma nicht in der Lage ist, einen Beweis für diese Behauptung zu erbringen.

In dem zweiten Falle wird die Tatsache, daß das betreffende Betriebsratsmitglied für eine reine Belegschaft der Belegschaften an der Demonstration zum Schutze der Republik sorgen wollte, zum Anlaß genommen, ihm seine Stellung zu kündigen.

Auf Grund dieser Feststellungen, die sich auch bei den gestrigen sehr eingehenden Verhandlungen erneut bestätigten, verlangten die Gewerkschaften noch in letzter Minute die Zurücknahme der Kündigungen. Nach Auffassung der Verhandler mußte bei der Geschäftsleitung der Firma A. Wertheim die Ueberzeugung Platz greifen, daß ihre bisherigen Maßnahmen unfaßbar geworden sind. Trotzdem haben sich die Vertreter der Firma A. Wertheim nicht gemindert, einen ehrenvollen Rückzug anzutreten. Sie führten vielmehr die Schlussverhandlungen in einer Weise, daß sie von allen Anwesenden als eine Prästrierung mit der Absicht der Verschleppung der Verhandlungen empfunden wurden.

Die Versammlung, die für den gleichen Abend nach dem Lehrervereinshaus einberufen war, nahm den Bericht in später Abendstunden mit Empörung entgegen. Wir glauben, daß auch das laufende Publikum die Empörung der Belegschaft der Firma vollumfänglich teilt. Die arbeitende Bevölkerung Berlins wird den Streikenden vollste Unterstützung gewähren.

Die beteiligten Gewerkschaften werden Gelegenheit nehmen, die Öffentlichkeit über das System der Firma A. Wertheim eingehend zu informieren.

Die Firma A. Wertheim läßt durch ein Berliner Mitteilungsblatt mitteilen, daß in ihrem Betriebe ein wilder Streik ausgebrochen sei. Zur Begründung wird angegeben, daß der Betriebsrat den Betrieb nicht verlassen habe. Der Betriebsrat der Firma legt Wert darauf, festzustellen, daß er nur im Betriebe verbleibt, um den Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes zu genügen. Der Betriebsrat stellt weiter fest, daß die in der bürgerlichen Presse wiedergegebene Behauptung, daß nur ein kleiner Bruchteil der Belegschaft in den Streik getreten sei, zum Zwecke der Irreführung von Unternehmern aufgestellt ist. Tatsache ist, daß die übergroße Mehrheit der gesamten Belegschaft von A. Wertheim sich im Ausstand befindet, die die Arbeit nicht wieder aufnehmen wird, bis die Mängelregulierung erledigt sind und Garantien dafür gegeben werden, daß das Locksystem bei A. Wertheim beseitigt wird.

Das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel nahm in seiner gestrigen Sitzung Stellung zu dem Vorgang im Hause A. Wertheim. Das Kartell

verurteilt auf das entschiedenste den reaktionären Kurs der Geschäftsleitung im Hause Wertheim und spricht den streikenden Arbeitern und Angehörigen die warmste Sympathie aller im Kartell zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften aus. An die streikenden Kollegen und Kolleginnen richten wir die Mahnung, in dem ihnen aufgewungenen Kampfe auszuhalten, bis die Mängelregulierung reaktionärer Geschäftsleiter beseitigt sind.

### Betriebsräte!

Am Beschluß des Zentralrats der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale findet am Montag, den 7. August 1922, abends 5 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, die Generalversammlung der Betriebsräte mit der Tagesordnung

„Die politische Lage und Bayern“

statt.

Teilnahmeberechtigt an der Generalversammlung sind die gewählten Generalversammlungs-Delegierten, der Zentralrat, sowie als Gäste die Gruppenräte und die Delegierten zur Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Afa-Bundes.

Besondere Einladungen ergehen nicht. Wir fordern deshalb die Belegschaften der einzelnen Betriebe auf, dafür zu sorgen, daß die in ihren Betrieben tätigen Generalversammlungsdelegierten vollständig erscheinen. Ohne Delegiertenkarte, Betriebsrätekarte und Verbandsbuch kein Zutritt!

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale i. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

### UGPD-Eisenbahner!

Am Freitag, den 4. August, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung aller im UGPD organisierten UGPD-Eisenbahner mit folgender Tagesordnung statt: „Die Bedeutung des Verbandstages in München und unsere Aufgaben“. In Anbetracht der Situation ist es Pflicht eines jeden, für einen guten Besuch der Versammlung zu sorgen. Zeigt, daß Ihr gewillt seid, Eure Einheitsorganisation vor einer Spaltung zu bewahren. Jeder ehrlich denkende Eisenbahner gebe am 13. August die Stimme unseren Kandidaten. Eisenbahner, erscheint in Massen! Partei- und Mitgliedsbuch legitimiert. Der UGPD-Verbandsrat.

### Funktionäre im Einzelhandel

Am Freitag, den 4. August, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung aller Funktionäre der freien Gewerkschaften im Einzelhandel in den Ruffenfesten: „Unser Streik bei A. Wertheim“, Referent: Genossin Grete Weinberg. Kein Funktionär darf fehlen.

Zentralverband der Angestellten, Deutscher Transportarbeiterverband, Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Verband der Maschinisten und Seizer.

**Drumfabrik B. Rotherstraße.** Die Arbeit wird heute Donnerstag, den 3. August, in allen Abteilungen zur üblichen Zeit aufgenommen. — Der Arbeiterrat.

**Arbeiter der Firma A. Borjig, Tegel.** Da die Differenzen der Seizer und Maschinisten beigelegt, findet die offizielle Arbeitsaufnahme am Donnerstag, den 3. August, morgens 6 1/2 Uhr statt. — Der Betriebsrat.

**Brande der Metallformer und Berufsgenossen.** Freitag, nachm. 4 1/2 Uhr, findet in Graumanns Festen, Rannunstraße 27, eine Branchenversammlung statt.

### Parteiveranstaltungen

Donnerstag, den 3. August.

Bezirksamt Wedding, Kollwitzstr. Die in der UGPD, über 500. Organisierten treffen sich zu einer wichtigen Versammlung der Arbeitergemeinschaften nachmittags 4 Uhr im Anberberplatz des Bezirksamts. Wir wünschen dem Mitgliedsbuch. Ingeborg: Unsere kommende Arbeit.

Freitag, den 4. August.

9. Verwaltungsbereich (Wilmersdorf, Schwanenort, Grunewald) Funk-Hausversammlung 7 1/2 Uhr bei Kulla, Rannunburger Straße. 12. Verwaltungsbereich (Steglitz, Wilmersdorf, Köpenick) Bezirksfunk-Hausversammlung 7 Uhr bei Kulla, Rannunburger Straße 52, Ude Starnowstraße bei Kulla.

16. Verwaltungsbereich Wedding. Abends 7 Uhr Bezirks-Vorstandssitzung Rathaus, Zimmer 21.

8. Bezirks-Komitee. Abends 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz, 2. Abt., bei Kulla, Rannunburger Straße 54; 1. Abteilung bei Kulla, Rannunburger Straße 54; 2. Abteilung: Abteilungskonferenz abends 7 Uhr bei Kulla, Rannunburger Straße 9.

14. Bezirk, 7 Uhr Bezirkskonferenz im Hotel Zettlitz, Wilmersdorf Straße 23.

Neukölln. Funktionärskonferenz abends 7 Uhr im Rathaus, Zimmer 140. Funktionärsrat zum nächsten Jubiläum können ab Freitag vormittags im Bureau, Breite Straße 8, in Empfang genommen werden. Die Geschäftsleitung.

Spandau. Die für heute angelegte Funktionärskonferenz kann erst am Montag, den 7. August, bei Kulla, Kollwitzstr. stattfinden.

### Bereinskalender

Donnerstag, den 3. August.

Internationaler Bund der Arbeiter, Ortsgruppe Steglitz, Friedenau 11 Uhr bei Wollin, Steglitz, Kollwitzstr. 4, Mitglieder-Versammlung. Arbeiterverein Berliner Arbeiter, 2. B. Abends 7 Uhr unveränderliche Mitglieder-Versammlung in der Schulgasse, Steinmühlstraße 70.

Freitag, den 4. August.

Deutscher Werkmittel-Berband, Bezirk 15, Nachgruppe: Papier. Versammlung nachmittags 5 Uhr im Rathaus, Schmitz, 3.

Sonnabend, den 5. August.

Deutscher Transportarbeiter-Berband. Funktionäre aus dem gesamten Groß-Berlin abends 6 Uhr, Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelsplatz 24/25, Funktionäre-Versammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur allgemeinen Lohnbewegung und zum Beschäftigungslage. Kein Betrieb darf in dieser Versammlung untertreten sein!

Verantwortlich für die Redaktion Emil Haus, Berlin für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: E. D. Hubert Kollwitz, Berlin. — Verlags-Gesellschaft „Berliner“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Lehmann & Neumann, E. m. b. H., Berlin SW. 68, Kollwitzstr. 75

# HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Leipziger Strasse		Alexanderplatz	
<b>Gemüse</b>		<b>Frisches Fleisch</b>	
Neue Kartoffeln .. Pfund	4.80	Hammel-Vorderfleisch .. Pfund	50.00
Kohlrabi .. .. . Mandel	5.50	Kalbsskamm .. .. . Pfund	55.00
Mohrrüben .. .. . Pfund	2.90	Hammelkeulen .. .. . Pfund	60.00
Gurken grüne .. .. Stück von	8.00 an	Gemüse-Rindfleisch .. Pfund	55.00
Steinpilze .. .. . Pfund	7.50	Leberwurst .. .. . Pfund	20.00
		Corned-beef .. .. . Pfund	55.00
		Große Mettwurst .. Pfund	88.00
		Fettbücklinge .. .. . Pfund	40.00
		Seelachs kopf. l. ganz .. Pfund	15.50
		Schellfisch .. .. . Pfund	15.00
		Goldbars .. .. . Pfund	16.00
		Schellfisch .. .. . Pfund	14.00
		Harzer Käse .. .. . Pfund	38.00
		Kochkäse .. .. . Pfund	30.00
		Limburger Käse .. Pfund	55.00
		Kaninchen gefroren, Pfd.	27.00
		<b>Obst</b>	
		Kirschen saure, entsteift, Pfund	9.50
		Johannisbeeren .. Pfund	8.50
		Pflaumen .. .. . Pfund	12.50
		Pfirsiche .. .. . Pfund	24.00
		Zitronen .. .. . Stück	1.10